

1. Allgemeines, Geltungsbereich

1.1 Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Loparex Germany GmbH & Co. KG (nachfolgend: „Besteller“) gelten für alle Geschäftsbeziehungen, Einzelbestellungen, Verträge und Vereinbarungen (nachfolgend je ein „Vertrag“ und zusammen die „Verträge“) mit Unternehmern (§ 14 BGB), juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen (nachfolgend: „Lieferant“).

1.2 Abweichende oder ergänzende Geschäftsbedingungen des Lieferanten werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als der Besteller ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt hat.

2. Angebot und Vertragsabschluss

2.1 Der Lieferant hat sich im Angebot genau an die Anfrage zu halten und im Falle von Abweichungen ausdrücklich darauf hinzuweisen. Angebote sind für den Lieferanten für mindestens 5 Arbeitstage verbindlich und können während dieser Zeit jederzeit vom Besteller angenommen werden

2.2 Bestellungen des Bestellers sind bis zum Eingang der Auftragsbestätigung oder – sofern der Lieferant keine Auftragsbestätigung versendet – bis zur Lieferung frei widerruflich. Der Lieferant ist gehalten, Bestellungen innerhalb einer Frist von zwei Arbeitstagen durch eine Auftragsbestätigung in Textform oder durch Lieferung zu bestätigen.

2.3 Die genaue Einhaltung der in der Bestellung bzw. in dem Angebot genannten Spezifikationen, der anwendbaren Normen und Gesetze und des anerkannten Stands der Technik gehören zu den wesentlichen Pflichten des Lieferanten unter diesem Vertrag. Der Lieferant gewährleistet, dass die Qualität seiner Lieferungen und Leistungen den anerkannten Regeln und dem neuesten Stand der Technik, sowie den gesetzlichen und behördlichen Vorschriften entsprechen und dass sie frei von Konstruktions-, Fabrikations- und Materialfehlern sind. Der Lieferant ist verpflichtet, dem Besteller jegliche Änderung bezüglich Rezeptur, Rohstoffaustausch, Prozessveränderung, Maschinen- und Anlagenveränderung und Fertigungskontrollen, die einen möglichen oder tatsächlichen Einfluss auf die Qualität oder die Ausführung der bestellten Ware haben, rechtzeitig vor Durchführung schriftlich mitzuteilen und die Genehmigung des Bestellers einzuholen.

2.4 Sicherheitsdatenblätter sind vom Lieferanten gemäß aller rechtlichen Vorgaben zu erstellen. Der Lieferant hat alle Sicherheitsdatenblätter, die vom Besteller bestellte Produkte betreffen, an den Besteller zu übermitteln. Jegliche Änderungen von Sicherheitsdatenblättern müssen dem Besteller unverzüglich zusammen mit einer aktualisierten Fassung der Sicherheitsdatenblätter übermittelt werden.

2.5 Alle Verpflichtungen aus dem Vertrag sind vom Lieferanten selbst zu erfüllen. Die Fertigung durch Subunternehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bestellers zulässig. Der Lieferant bleibt auch im Falle der Zustimmung voll für die Erfüllung des Vertrages verantwortlich.

3. Änderungen und Ergänzungen

3.1 Der Besteller kann bis zur Ablieferung (bei Werkverträgen: bis zur Abnahme) des Liefergegenstandes jederzeit nach billigem Ermessen von dem Lieferanten zumutbare Änderungen und Ergänzungen des Auftrags verlangen. Der Lieferant ist verpflichtet, dem Besteller Änderungen, die er im Hinblick auf eine erfolgreiche Vertragserfüllung für notwendig und zweckmäßig hält, vorzuschlagen. Nach schriftlicher Zustimmung durch den Besteller wird er diese Änderungen auch durchführen.

3.2 Soweit eine Änderung eine Kostenmehrung oder -minderung und/oder Terminüberschreitung nach sich zieht, ist der Lieferant verpflichtet, hierauf gleichzeitig mit seinem Änderungsvorschlag oder unverzüglich nach Eingang des Änderungsverlangens des Bestellers hinzuweisen und ein entsprechendes Nachtragsangebot vorzulegen. Die Vergütung ist unter Berücksichtigung der Kostenänderung anzupassen.

4. Lieferung, Lieferverzug

4.1 Der Versand erfolgt auf Gefahr und Kosten des Lieferanten (DDP Forchheim, Oberfranken, gemäß Incoterms 2020). Der Lieferant sichert die Transportrisiken auf eigene Kosten durch eine angemessene Versicherung ab und legt dem Besteller auf Verlangen die Versicherungspapiere vor. Sind die Frachtkosten aufgrund besonderer Vereinbarung vom Besteller zu tragen, so hat der Lieferant die für den Besteller günstigste Versandart zu wählen. Lieferort und Ort des Gefahrenübergangs ist die vom Besteller angegebene Empfangsstelle.

4.2 Soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind vom Besteller angegebene Lieferzeiten und –fristen bindend. Der Lieferant hat den Besteller unverzüglich in Kenntnis zu setzen, wenn ihm Umstände erkennbar werden, die Verzögerungen der Lieferung befürchten lassen.

4.3 Für die Einhaltung der vereinbarten Lieferfristen und -termine kommt es auf den Eingang des Leistungsgegenstandes bei der vom Besteller angegebenen Empfangsstelle an, bei Lieferungen mit Aufstellung, Montage oder sonstigen abnahmebedürftigen Leistungen auf deren Abnahme.

4.4 Soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart, ist der Lieferant zu

Teilleistungen nicht berechtigt. Erfolgt dennoch nur eine Teilleistung, ist der Besteller zum Rücktritt vom gesamten Vertrag berechtigt, wenn er an der Teilleistung kein Interesse hat.

4.5 Bei vom Lieferanten verschuldetem Lieferverzug kann der Besteller - neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen - für jede vollendete Woche des Verzugs einen pauschalen Ersatz des Verzugssschadens von 1 % des Auftragswertes, höchstens jedoch 5 % des Auftragswertes, verlangen. Die Geltendmachung eines nachweislich höheren Verzugssschadens bleibt dem Besteller vorbehalten. Dem Lieferanten bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Besteller nur ein geringerer Schaden oder überhaupt kein Schaden entstanden ist.

4.6 Die Aufrechnung mit Gegenansprüchen des Lieferanten oder die Zurückbehaltung von Leistungen durch den Lieferanten wegen solcher Ansprüche ist nur zulässig, soweit die Gegenansprüche des Lieferanten unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind oder mit den Ansprüchen des Bestellers im Gegenseitigkeitsverhältnis stehen.

4.7 Auf allen Lieferscheinen, Versandanzeigen und Frachtbriefen müssen stets die Bestellnummern und Artikelnummern des Bestellers vollständig angegeben werden. Der Lieferant ist ferner verpflichtet, dem Besteller auf Verlangen eine Lieferantenerklärung für Waren mit Präferenzursprungseigenschaft nach der Verordnung (EG) Nr. 1207/2001 auszustellen.

4.8 Der Lieferant hat für jede einzelne Sendung mindestens 3 Arbeitstage vor dem Tag des Versandes eine ausführliche Versandanzeige, getrennt von Ware und Rechnung, an den Besteller per E-Mail zu senden. Entscheidend ist das Datum des Eingangs der Versandanzeige beim Besteller. Der Lieferung sind Lieferschein und Packzettel beizufügen. Bei Schiffversand sind in Versandpapieren und Rechnungen der Name der Reederei und des Schiffes anzugeben. Wird eine Anlage oder ein Gerät zerlegt oder in mehr als einem Teil angeliefert, so sind diese Teile zu kennzeichnen und dieser Kennzeichnung entsprechend positioniert im Lieferschein aufzuführen und zu beschreiben.

4.9 Werk- und Rüstzeuge dürfen nicht mit Liefergegenständen zusammen verladen werden, anderenfalls trägt der Lieferant die Kosten der Umladung. Alle Sendungen, die durch Nichtbeachten dieser Versandvorschriften vom Besteller nicht übernommen werden, lagern auf Kosten und Gefahr des Lieferanten. Der Besteller ist berechtigt, Inhalt und Zustand solcher Sendungen festzustellen. Der Lieferant haftet auch für die Einhaltung der Versandvorschriften durch seine Unterlieferanten. Für Schäden und Kosten, die dem Besteller dadurch erwachsen, dass der Lieferant nicht nach den vorstehenden Bedingungen gehandelt hat, ist der Lieferant dem Besteller haftbar.

4.10 Modelle, Vorrichtungen und sonstige Werkzeuge gehen, sofern diese ganz oder teilweise in Rechnung gestellt werden, mit Lieferung in das Eigentum des Bestellers über.

5. Preise und Zahlung

5.1 Die vereinbarten Preise sind Festpreise. Alle Preise verstehen sich exklusive Umsatzsteuer, aber inklusive Verpackung, Versicherung, Transport und sonstiger Nebenkosten.

5.2 Auf Rechnungen/Gutschriften sind der Versandtag, die Bestellnummer des Bestellers, Artikelnummern und die Ust-ID-Nr. des Bestellers anzugeben. Rechnungen müssen in der Bezeichnung des Liefergegenstandes, Reihenfolge und Preisen der Bestellung entsprechen. Etwaige Mehr- oder Minderleistungen sind in der Regel gesondert aufzuführen.

5.3 Sofern nicht anders vereinbart, erfolgen Zahlungen innerhalb 14 Tagen abzüglich 3 % Skonto, alternativ 30 Tage rein netto, Rechnungserhalt sowie Eingang und Gutbefund der Ware vorausgesetzt. Entscheidend ist das Datum der Zahlungsanweisung des Bestellers. Bei Werkverträgen gilt an Stelle des Datums der Lieferung das Datum der Abnahme.

5.4 Zahlungen bedeuten keine Anerkennung von Konditionen, Preisen oder Eigenschaften des Liefergegenstandes.

6. Gewährleistung

6.1 Die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 36 Monate ab Lieferung an den Besteller. Für Produkte, die der Besteller entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise oder nach ausdrücklicher Vereinbarung mit dem Lieferanten für ein Bauwerk verwendet und dessen Mangelhaftigkeit verursacht haben, beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche 72 Monate ab Ablieferung. Bei Werkverträgen beginnt der Lauf der Verjährungsfrist mit der Abnahme durch den Besteller. Längere gesetzliche Verjährungsfristen bleiben unberührt. Die Ausschlussfrist gemäß Art. 39 Abs. 2 CISG (soweit anwendbar) endet nicht vor Ablauf der in dieser Ziff. 6.1 geregelten Verjährungsfrist.

6.2 Im Falle von Mängeln hat der Lieferant nach Wahl des Bestellers Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels oder Lieferung einer mangelfreien Sache zu leisten. Ist die vom Besteller gewählte Art der Nacherfüllung unmöglich, ist der Lieferant zur Nacherfüllung auf andere Weise berechtigt, soweit dies für den Besteller zumutbar ist. Ist die Nacherfüllung insgesamt unmöglich, verweigert der Lieferant die Nacherfüllung, erfolgt trotz Setzung einer angemessenen Frist kein Nacherfüllungsversuch oder ist die Nacherfüllung fehlgeschlagen, ist der

Besteller unbeschadet seiner sonstigen Rechte zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Die Frist gemäß Art 49 Abs. 2 CISG (soweit anwendbar) endet nicht vor Ablauf der in Ziff. 6.1 geregelten Verjährungsfrist.

6.3 Der Lieferant wird vor der Auslieferung die Qualität prüfen und dokumentieren. Der Besteller wird daher nach Eingang der Produkte nur untersuchen, ob sie dem bestellten Typ entsprechen, ob die bestellte Menge geliefert wurde und ob äußerlich erkennbare Transportschäden vorliegen. Die Parteien vereinbaren, dass über die oben beschriebene Wareneingangsuntersuchung hinaus keine Untersuchungs- und Rügeobliegenheit des Bestellers besteht. Stellt der Besteller an den gelieferten Produkten Qualitätsmängel fest – gleich ob dies im Rahmen der Wareneingangsuntersuchung oder im weiteren Verlauf geschieht – wird der Besteller dem Lieferanten diese Qualitätsmängel rechtzeitig mitteilen. Hat der Lieferant seinen Sitz in Deutschland, sind etwaige Mängel jedenfalls dann rechtzeitig gerügt, wenn der Besteller sie innerhalb von sieben (7) Arbeitstagen nach Eingang der Ware mitteilt, oder, sofern sich ein solcher Mangel später zeigt, innerhalb von sieben (7) Arbeitstagen nach seiner Entdeckung. Hat der Lieferant seinen Sitz außerhalb Deutschlands, sind etwaige Mängel jedenfalls dann rechtzeitig gerügt, wenn der Besteller sie innerhalb von vier (4) Wochen nach dem Zeitpunkt, in dem er sie festgestellt hat oder hätte feststellen müssen, mitteilt.

6.4 Fallen bei den vom Besteller durchgeführten Eingangskontrollen Mängel auf, die dazu führen, dass der Lieferant nacherfüllen muss, trägt der Lieferant die Kosten für hierdurch erneut vom Besteller durchzuführende Qualitätssicherungsmaßnahmen (z.B. eine erneute Wareneingangskontrolle etc.) in Höhe von pauschal 100 Euro pro Mängelanzeige. Weitere Ansprüche des Bestellers werden durch diese Regelung nicht berührt. Dem Lieferanten bleibt der Nachweis eines geringeren, dem Besteller der Nachweis eines höheren Schadens vorbehalten.

6.5 Der Besteller stellt Produkte her, die ihrerseits von Endkunden des Bestellers in andere Produkte eingebaut werden. Werden bei der Herstellung von Produkten des Bestellers fehlerhafte Produkte des Lieferanten verwendet, kann der Besteller von seinen Endkunden für Folgeschäden, z.B. wegen Personenschäden, Sachschäden, Produktionsausfall oder Produktrückruf etc. in Anspruch genommen werden.

6.6 Der Lieferant ist verpflichtet, sein Haftungsrisiko durch eine Versicherung abzudecken und dem Besteller auf Verlangen die Deckung nachzuweisen.

7. Beistellung von Materialien

7.1 Vom Besteller beigestellte Materialien bleiben dessen Eigentum und sind von dem Lieferanten unentgeltlich getrennt zu lagern, zu bezeichnen und zu verwalten. Die Materialien dürfen nur zur Erfüllung der Aufträge des Bestellers verwendet werden. Der Lieferant trägt die Gefahr bei Verlust oder der Verschlechterung der beigestellten Materialien.

7.2 Die Verarbeitung oder Umbildung des beigestellten Materials erfolgt für den Besteller. Die Parteien sind sich einig, dass der Besteller (Mit-) Eigentümer der neuen oder umgebildeten Sache wird. Der Lieferant verwahrt die neue Sache mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns unentgeltlich für den Besteller.

8. Unterlagen des Bestellers und des Lieferanten, Geheimhaltung

8.1 Der Besteller behält sich an Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen alle Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an den Besteller zurückzugeben.

8.2 Gegenüber Dritten sind sämtliche vom Besteller erhaltenen Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.

8.3 Zeichnungen und alle Unterlagen, die der Besteller für die Aufstellung, den Betrieb, die Wartung, die Inspektion oder die Instandsetzung des Liefergegenstandes benötigt, sind vom Lieferanten rechtzeitig und unaufgefordert kostenlos zur Verfügung zu stellen, ebenso die erforderlichen Konformitäts- und Herstellerklärungen.

8.4 Werknormen und Richtlinien des Bestellers sind vom Lieferanten anzufordern, sofern sie nicht bereits zur Verfügung gestellt wurden.

9. Prüfungen

9.1 Sind für den Liefergegenstand Prüfungen vorgesehen, tragen der Besteller und der Lieferant jeweils die bei ihnen entstehenden sachlichen und personellen Prüfkosten selbst. Der Lieferant hat dem Besteller die Prüfbereitschaft mindestens 10 Tage vorher verbindlich anzuzeigen und mit ihm einen Prüftermin zu vereinbaren. Wird zu diesem Termin der Liefergegenstand nicht vorgestellt, gehen die personellen Prüfkosten des Bestellers zu Lasten des Lieferanten.

9.2 Ggf. erforderliche Werkstoffnachweise von Vormaterialien sind auf Kosten des Lieferanten zu erstellen und dem Besteller spätestens zusammen mit den Liefergegenständen zukommen zu lassen.

10. Geheimhaltung

Loparex Germany GmbH & Co. KG

Zweibrückenstraße 15-25 · 91301 Forchheim, Deutschland

Tel.: +49 (0)9191 81 0, Fax: +49 (0)9191 81 212, E-mail: info@loparex.com, Internet: www.loparex.com

Sitz: Forchheim, Germany, Amtsgericht Bamberg HRA 11849, VAT-ID No. DE 282 515 265

Persönlich haftender Gesellschafter: Loparex Holding Germany GmbH, Sitz: Forchheim, Germany, Amtsgericht Bamberg HRB 8174

10.1 Der Lieferant verpflichtet sich, sämtliche von dem Besteller oder in dessen Auftrag von Dritten schriftlich, mündlich oder in sonstiger Weise erhaltenen Unterlagen und Informationen über Entwicklung, Konstruktion, Funktionsweise und Fertigung von Produkten, über Technologien, Projekte, Kunden, Lieferanten sowie alle sonstigen Informationen über betriebliche Vorgänge streng vertraulich zu behandeln, Dritten gegenüber geheim zu halten und ausschließlich zum Zweck der Zusammenarbeit miteinander zu verwenden. Diese gilt unabhängig davon, ob die Unterlagen und Informationen ausdrücklich als vertraulich oder geheim bezeichnet oder ob es sich um Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse im rechtlichen Sinne handelt.

10.2 Der Lieferant ist nicht berechtigt, die erlangten Informationen für andere Zwecke als die Zusammenarbeit mit dem Besteller oder die Zwecke Dritter zu verwenden. Insbesondere ist es dem Lieferanten untersagt, aufgrund dieser Informationen gewerbliche Schutzrechte anzumelden. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass durch die Weitergabe von Informationen keinerlei Rechte oder Lizenzen an gewerblichen Schutzrechten oder am Knowhow eingeräumt werden.

10.3 Der Besteller ist berechtigt, vom Lieferanten jederzeit ohne Angabe von Gründen die Rückgabe der überlassenen Unterlagen einschließlich sämtlicher Kopien zu verlangen.

10.4 Auf Geschäftsbeziehungen mit dem Besteller kann der Lieferant nur nach vorheriger Einholung einer schriftlichen Genehmigung Bezug nehmen (etwa in seinem Werbeauftritt).

10.5 Der Lieferant wird die Verpflichtungen gemäß dieser Ziffer 10 auch allen Angestellten, Beauftragten und sonstigen Mitarbeitern auferlegen, die aufgrund ihrer Tätigkeit Kenntnisse über den Gegenstand der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und von betrieblichen Informationen erlangen können. Dabei ist der Lieferant jedoch verpflichtet, die Informationen nur insoweit Angestellten, Beauftragten und sonstigen Mitarbeitern und diesen wiederum nur in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, als dies für die Durchführung der Zusammenarbeit erforderlich ist.

10.6 Verbundene Unternehmen gelten nicht als dritte Parteien im Sinne dieser Vereinbarung. Für sie gelten dieselben Geheimhaltungsverpflichtungen wie für den Lieferant selbst. Der Lieferant verpflichtet sich, dies durch entsprechende Vereinbarungen sicherzustellen.

10.7 Die Verpflichtung zur Geheimhaltung und zur Nichtverwertung der mitgeteilten Informationen entfällt, wenn und soweit die Informationen

- dem Lieferanten bereits vor der Mitteilung bekannt waren,
- bei Vertragsschluss offenkundig sind oder später werden,
- dem Lieferanten von einem berechtigten Dritten zugänglich gemacht werden,
- von Mitarbeitern des Lieferanten entwickelt wurden, ohne die Information zu kennen, oder
- gegenüber der zuständigen Behörde für den Zweck dieser Vereinbarung, gegenüber einem Gericht oder aufgrund gesetzlicher Verpflichtung bekannt gemacht werden müssen.

Die Beweislast für das Vorliegen dieser Ausnahmen trägt der Lieferant.

10.8 Der Besteller ist berechtigt, vom Lieferanten sämtlichen Schaden ersetzt zu verlangen, der unmittelbar oder mittelbar auf der Verletzung einer Verpflichtung aus dieser Ziffer 10 beruht.

11. Eigentumsvorbehalt

Soweit die Parteien keine abweichende schriftliche Vereinbarung treffen, sind alle Formen des erweiterten oder verlängerten Eigentumsvorbehalts ausgeschlossen, so dass ein vom Lieferanten ggf. wirksam erklärter Eigentumsvorbehalt nur bis zur Bezahlung der an den Besteller gelieferten Ware und nur für diese gilt.

12. Code of Conduct

Der Lieferant verpflichtet sich, den Code of Conduct des Bestellers einzuhalten. Der Code of Conduct ist gemäß Ziff. 8.4 vom Lieferanten beim Besteller anzufordern.

13. Lieferkettensorgfaltspflichten

13.1 Der Lieferant verpflichtet sich, das eigene Unternehmen sowie den Geschäftsbetrieb so zu führen und zu organisieren, dass der Lieferant weder gegen die menschenrechtsbezogenen noch die umweltrechtsbezogenen Verbote gem. § 2 Abs. 2 und Abs. 3 des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – LkSG) verstößt (im Folgenden: „Sorgfaltspflichten“). Darüber hinaus wird der Lieferant diese Sorgfaltspflichten allen Vorlieferanten, Dienstleistern oder anderen Geschäftspartnern auferlegen, mit denen der Lieferant Verträge abgeschlossen hat oder abschließen wird, um seine Pflichten aus mit dem Besteller geschlossenen Verträgen erfüllen zu können (im Folgenden: „Sublieferant(en)“). Der Lieferant stellt gegenüber seinen Sublieferanten sicher, dass der Lieferant berechtigt ist, jeden Sublieferanten mindestens

einmal im Jahr sowie anlassbezogen (d.h. wenn der Lieferant einen begründeten Verdacht hat, dass ein Sublieferant die Sorgfaltspflichten nicht einhält) mit Blick auf die Einhaltung der Sorgfaltspflichten zu auditieren. Sofern der Lieferant Kenntnis davon erlangt oder einen begründeten Verdacht hat, dass ein Sublieferant oder ein Zulieferer des jeweiligen Sublieferanten gegen die Sorgfaltspflichten verstößt, wird der Lieferant den Besteller unverzüglich schriftlich darüber informieren. In solch einem Fall wird der Lieferant die Maßnahmen, die der Lieferant gegenüber dem Sublieferanten ergreift, vorab mit dem Besteller abstimmen und diese nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bestellers ausführen..

13.2 Der Lieferant verpflichtet sich, sämtliche Maßnahmen, die der Lieferant zur Erfüllung der in vorstehender Ziff. 13.1 angeführten Pflichten ergreift, schriftlich zu dokumentieren und für die Dauer der Geschäftsbeziehung mit dem Besteller aufzubewahren. Auf Anfrage des Bestellers wird der Lieferant dem Besteller sämtliche Dokumentation in diesem Zusammenhang bereitstellen.

13.3 Der Besteller ist berechtigt, den Lieferanten mindestens einmal im Jahr sowie anlassbezogen (d.h. wenn der Besteller einen begründeten Verdacht hat, dass der Lieferant gegen die Sorgfaltspflichten verstößt) mit Blick auf die Einhaltung der Sorgfaltspflichten zu auditieren. Der Besteller ist im Rahmen eines solchen Audits insbesondere dazu berechtigt, sämtliche Geschäftsräume und Produktionsstätten des Lieferanten zu betreten und die Dokumentation i.S.v. vorstehender Ziff. 13.2 zu prüfen.

13.4 Stellt der Besteller fest, dass der Lieferant gegen die Sorgfaltspflichten verstoßen hat, oder ein Risiko für solch einen Verstoß besteht, werden der Besteller und der Lieferant nach Treu und Glauben eine Vereinbarung dazu treffen, welche Maßnahmen der Lieferant ergreifen wird, um solche Sorgfaltspflichtverstöße zu beenden und zukünftig zu verhindern. Unabhängig davon ist der Besteller berechtigt, sämtliche mit dem Lieferanten geschlossenen Verträge (insbesondere Rahmenverträge und Einzelkaufverträge) fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen.

14. Kündigung bei Dauerschuldverhältnissen

14.1 Der Besteller kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen. Bei der Bemessung der Kündigungsfrist wird der Besteller auf die berechtigten Belange des Lieferanten Rücksicht nehmen.

14.2 Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der den Besteller deren Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Lieferanten unzumutbar werden lässt. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Dies gilt nicht, wenn eine Fristsetzung aufgrund der Besonderheiten des Einzelfalles entbehrlich ist.

15. Rechte Dritter, Mittelbare Patentverletzungen

15.1 Der Lieferant gewährleistet, dass (i) sämtliche vom Lieferanten gelieferten Produkte kein geistiges Eigentum Dritter beeinträchtigen oder verletzen und (ii) der bestimmungsgemäßen Nutzung sämtlicher vom Auftragnehmer gelieferten Produkte keine Rechte Dritter entgegenstehen.

15.2 Der Lieferant hat den Besteller insbesondere darüber zu informieren, wenn bestimmte Verwendungen oder Anwendungen der vom Lieferanten gelieferten Produkte, soweit diese Verwendungen und Anwendungen dem Lieferanten bekannt sind, durch Patente oder durch weitere Mitglieder dieser Schutzrechtsfamilie geschützt sind und für die Anwendung der durch diese Patente geschützten Erfindungen u.a. in der Bundesrepublik Deutschland und ggf. in anderen Ländern die Zustimmung des Patentinhabers erforderlich ist.

16. Erfüllungsort – Gerichtsstand – Anwendbares Recht

Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertragsverhältnis sowie Gerichtsstand für alle aus der Geschäftsverbindung entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist Forchheim/Oberfranken. Der Besteller ist jedoch berechtigt, den Lieferanten auch an dessen allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen.

Diese AEB und die Geschäftsbeziehung zwischen den Parteien unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland sowie, sofern anwendbar, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

Stand: März 2023

Hinweise zur Datenverarbeitung gem. Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Im Folgenden informieren wir über die Verarbeitung personenbezogener Daten gegenüber Vertragspartnern, potentiellen Vertragspartner und sonstigen Personen. Personenbezogene Daten sind alle Daten, die auf eine natürliche Person beziehbar sind, wie z.B. Name, Adresse, E-Mail-Adressen, Zahlungsdaten, bestellte Waren/Dienstleistungen.

1. Verantwortlicher gemäß Art. 4 Nr. 7 DS-GVO ist die Loparex Germany GmbH & Co. KG, vertreten durch die Geschäftsführer der persönlich haftenden Loparex Holding Germany GmbH info@loporex.com.
2. Personenbezogene Daten von Vertragspartnern und potentiellen Vertragspartnern werden von uns erhoben, gespeichert und ggf. weitergegeben, soweit es erforderlich ist, um die vertraglichen Leistungen zu erbringen. Es handelt sich dabei um die von Ihnen im Rahmen der vertraglichen Beziehung bzw. deren Anbahnung übermittelten Angaben. Die Erhebung, Speicherung und Weitergabe erfolgt zum Zwecke der Anbahnung oder Erfüllung des Vertrages und auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO. Eine Nichtbereitstellung dieser Daten kann zur Folge haben, dass ein Vertrag nicht geschlossen werden kann.
3. Wenn Sie nicht unser Vertragspartner sind oder werden, sondern wir aus einem anderen Grund mit Ihnen in Kontakt gekommen sind oder wenn wir mit Ihnen als Ansprechpartner für ein anderes Unternehmen in Kontakt gekommen sind, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um Ihr Anliegen zu bearbeiten bzw. um mit Ihrer Hilfe mit dem Unternehmen, für das Sie tätig sind, zu kommunizieren. Dies geschieht auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO. Diese Datenverarbeitung liegt in unserem und Ihrem berechtigten Interesse an der Beantwortung von Anfragen, der Kommunikation mit (potentiellen) Geschäftspartnern sowie der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs.
4. Soweit eine Datenverarbeitung einer Einwilligung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. a, Art. 7 DS-GVO bedarf, werden wir diese gesondert bei Ihnen einholen. Gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO kann in diesem Fall Ihre einmal, freiwillig erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns widerrufen werden, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.
5. Wir geben Ihre personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn und soweit hierfür eine gesetzliche Erlaubnis im Sinne von Art. 6 Abs. 1 DS-GVO besteht. Zu den Empfängern können auch Behörden bzw. öffentliche Stellen sowie andere Gesellschaften unserer Unternehmensgruppe gehören.
- 5.1 Sofern sich Empfänger in Ländern außerhalb des europäischen Wirtschaftsraums („Drittländer“) befinden, in denen unter Umständen nicht das gleiche Datenschutzniveau wie im europäischen Wirtschaftsraum gewährleistet wird, stellen wir sicher, dass entsprechende Übermittlungen nur nach Maßgabe der besonderen Vorschriften der Art. 44 ff. DS-GVO erfolgen.
- 5.2 Teilweise bedienen wir uns externer Dienstleister mit Sitz in der Europäischen Union, um Daten zu verarbeiten. Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich in der Europäischen Union verarbeitet. Diese Dienstleister wurden von uns sorgfältig ausgewählt, schriftlich beauftragt und sind an unsere Weisungen gebunden. Sie werden von uns regelmäßig kontrolliert. Die Dienstleister werden diese Daten nicht an Dritte weitergeben, sondern sie nach Vertragserfüllung und dem Abschluss gesetzlicher Speicherfristen löschen, soweit keine Einwilligung in eine darüber hinausgehende Speicherung vorliegt.
6. Personenbezogene Daten werden nur solange gespeichert, als es zur jeweiligen Zweckerreichung erforderlich ist. Dies entspricht in der Regel der Vertragsdauer. Davon unberührt bleiben gesetzliche Aufbewahrungspflichten, z.B. nach Handelsgesetzbuch oder Abgabenordnung.
7. Wir unterhalten aktuelle technische Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes personenbezogener Daten. Diese werden dem aktuellen Stand der Technik jeweils angepasst.
8. Jeder Betroffene hat das Recht, von uns jederzeit über die bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DS-GVO) Auskunft zu verlangen. Dies betrifft auch die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, an die diese Daten weitergegeben werden und den Zweck der Speicherung. Zudem besteht das Recht, unter den Voraussetzungen des Art. 16 DS-GVO die Berichtigung und/oder unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO die Löschung und/oder unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Ferner kann unter den Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO jederzeit eine Datenübertragung verlangt werden.
9. Alle Informationswünsche, Betroffenenrechte, Auskunftsanfragen, Widerrufe oder Widersprüche zur Datenverarbeitung sind per Post an unseren Datenschutzbeauftragten unter o.g. Anschrift („z.Hd. Datenschutzbeauftragter“) oder per E-Mail an dataprotection@loporex.com zu richten.
10. Es besteht die Möglichkeit, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde über datenschutzrechtliche Sachverhalte zu beschweren.

Loparex Germany GmbH & Co. KG

Zweibrückenstraße 15-25 · 91301 Forchheim, Deutschland

Tel.: +49 (0)9191 81 0, Fax: +49 (0)9191 81 212, E-mail: info@loporex.com, Internet: www.loporex.com

Sitz: Forchheim, Germany, Amtsgericht Bamberg HRA 11849, VAT-ID No. DE 282 515 265

Persönlich haftender Gesellschafter: Loparex Holding Germany GmbH, Sitz: Forchheim, Germany, Amtsgericht Bamberg HRB 8174